

Warum es die Offene Kirche (OK) in der Evangelischen Kirche in Württemberg gibt

In der Synode der Evangelischen Kirche in Württemberg gibt es derzeit vier unterschiedliche so genannte „**Gesprächskreise**“: Neben der OK die „Lebendige Gemeinde“ (LG), „Evangelium und Kirche“ (EuK) und „Kirche für morgen“ (KfM). Hinter den vier Gesprächskreisen stehen vier unterschiedliche kirchenpolitische Vereine. Bei OK, EuK und KfM tragen diese denselben Namen. Die LG wird unterstützt von der Ludwig-Hofacker-Vereinigung.

Verschiedene Gesprächskreise begannen sich bereits zu Beginn der Landessynode vorsichtig zu formieren.¹ Der König erlaubte 1851 durch Verordnung, dass Pfarrgemeinderäte, heute Kirchengemeinderäte, gebildet werden konnten. Damit war der erste Schritt zu einer Synode getan. 1869 wurde die **Landessynode** das erste Mal einberufen. Nach Sympathie fanden sich erste Gruppen innerhalb der 50 Abgeordneten (25 weltliche und 25 geistliche) zum Austausch, zur Diskussion und Meinungsbildung zusammen.

Bereits im Zuge der zweiten Synode 1875 waren die konservativere so genannte „kirchliche Partei“ und die andere Seite, die so genannten „Linken“, dabei, Fraktionen zu bilden. Eine Polarisierung innerhalb der württembergischen Landessynode zwischen einem dem landeskirchlichen Pietismus nahe stehenden Teil sowie einem eher liberal und freiheitlich gesinnten zeichnete sich ab.

Die Weimarer Reichsverfassung sah 1919 eine Trennung von Kirche und Staat vor. Das landesherrliche Kirchenregiment fiel weg. Das Kirchenwesen wurde neu organisiert. Das nach dem neuen Gesetz zu wählende Kirchengremium hieß nun Landeskirchenversammlung.

Neben der **Urwahl** - einzigartig auf dem Gebiet der EKD - durch die Gemeindeglieder der gesamten Landeskirche war auch die Einführung des **Frauenwahlrechts** neu. Die Landeskirchenversammlung (Landeskirchentag) hatte 60 Abgeordnete, 40 weltliche und 20 geistliche.

Zum ersten Mal entbrannte bei der jetzt angesetzten **Direktwahl** ein Wahlkampf. Die Wahlbeteiligung betrug 41,9 Prozent. Den „Rechtsstehenden“ gehörten 42 Personen an, die „Mitte“ zählte 27 Personen und die „Linken“ 14. Nachdem ein Prälat sich gegen eine programmatische Namensgebung der Gruppen ausgesprochen hatte, verzichteten die liberaler Gesinnten auf den Namen „Volkskirchliche Gruppe“. Die Konservativeren benannten sich Gruppe I, die Liberalen Gruppe II.

Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 sollte auch die Kirche im gesamten Deutschen Reich gleichgeschaltet werden. Daher wurde im Juli 1933 ein dritter Landeskirchentag einberufen. Dieses Gremium rekrutierte sich aber nicht aus einer Urwahl, sondern vielmehr durch Delegierte, für die zuvor festgelegt wurde, aus welchem „Lager“ sie kamen. So erhielten die dem Nationalsozialismus ergebene

¹ Vgl. „Gruppen in der Württembergischen Landessynode“, Vortrag von Siegfried Hermle und Karin Oehlmann auf der Tagung Kirchenwahlen: Parlamentarismus und Landessynode, Evangelische Kirchenpolitik in der Demokratie, Ev. Akademie Bad Boll, 15. - 16. Juni 2007

„Glaubensbewegung Deutscher Christen“ 32 von 61 Sitzen zugeteilt. Der so gebildete 3. Landeskirchentag sollte die Württembergische Landeskirche in die Deutsche Reichskirche eingliedern. Bis 1934 gaben jedoch zahlreiche Abgeordnete der Deutschen Christen entweder ihr Mandat auf oder sie wechselten zu den beiden Gruppe I und Gruppe II, die sich jetzt „Evangelisch-kirchliche Arbeitsgemeinschaft“ und „Volkskirchliche Vereinigung“ nannten. Die Deutschen Christen hatten damit keine Mehrheit mehr.

Ab dem 4. Landeskirchentag 1948 gab es innerhalb der Kirche keine ausgesprochene Gruppenbildung – eine Nachwirkung wohl des Kirchenkampfes, der die Gruppen gegen die Bedrohung der Kirche durch einen antichristlichen Staat zusammengeschweißt hat.

LG und EuK berufen sich heute auf die Tradition „Widerstand gegen die Deutschen Christen“, beide beanspruchen, Teil der Württembergischen Bekenntnisgemeinschaft gegen die Gleichschaltung gewesen zu sein.

Noch entschiedener und weitergehender darin, den Widerstand und die Schriften der Bekennenden Kirche in Württemberg zur Geltung zu bringen, war die Württembergische Sozietät, deren Nachfolgende, wenn kirchenpolitisch engagiert, heute Mitglieder in der Offenen Kirche) sind.²

Die Kirchen waren Anfang der 50er Jahre voll, der Stuttgarter Kirchentag hatte 1952 einen großen Zulauf. (Allerdings nahmen die Kirchenbesuche bis zum Ende des Jahrzehnts wieder rapide ab.) Politisch aktiv war die „Kirchliche Bruderschaft“ in der Tradition der „Württembergischen Sozietät“. Die „Kirchliche Bruderschaft“ nennt sich deshalb heute „**Evangelische Sozietät**“. Sie sorgte beispielsweise dafür, dass das Stuttgarter Schuldbekenntnis im Gedächtnis blieb sowie für dessen Ergänzung durch das Darmstädter Wort. Sie wehrte sich auch gegen das „C“ in der CDU und gegen die Wiederbewaffnung.

Dennoch sammelten sich Freundinnen und Freunde um bestimmte Synodale. Die Bildung fester Gruppen setzte wieder ein. Anfang des Jahrzehnts begann sich im Gefolge der Auseinandersetzung um die Theologie Rudolf Bultmanns zuerst die „Evangelisch - Kirchliche Arbeitsgemeinschaft für Biblisches Christentum“ zu formieren. Anhänger dieser Arbeitsgemeinschaft regten zentrale Treffen an, die später „**Ludwig-Hofacker-Konferenz**“ hießen. Offiziell betrachtete sich die daraus hervorgehende Ludwig-Hofacker-Vereinigung als Vertretung der „Stillen im Land“, doch schwiegen deren Anhänger nicht, wenn es um die „Entmythologisierung des Neuen Testaments“ ging. Auch waren ihnen die Überlegungen zur Frauenordination ein so großer Dorn im Auge, dass sie diese auch öffentlich unter allen Umständen verhindern wollten.

Weiter wirkte ebenfalls die 1934 gegründete Württembergische Bekenntnisgemeinschaft. Ihr gehörten vor allem Pfarrer an. Da sie immer wieder mit der Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ verwechselt wurde, nahm sie 1970 den Namen „**Evangelium und Kirche**“ an.

² s. OK-Anstöße 2/2007, Artikel „Die Evangelische Sozietät“ von Martin Günzler

Die konservativ-evangelikale Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“ präsentierte sich vor allem in Westfalen und Württemberg immer stärker und öffentlichkeitswirksamer.

Dem wollten sich fortschrittliche Theologinnen und Theologen in den 60er Jahren entgegenstellen. Der damalige Synodalpräsident Oskar Klumpp sprach diese Realität an: **Drei Gruppen** hätten sich gebildet - „Bibel und Bekenntnis“, „Evangelische Erneuerung“ und „Evangelium und Kirche“. Er wollte diese offiziell etablieren und die offensichtlich schwelenden Konflikte in eine strukturierte Diskussionskultur umwandeln.

Kritische Kirche

In den 60er Jahren hatten liberale, aufgeklärte, modern denkende Kirchenmitglieder ein immer größeres Problem, mit dem die Geschichte der OK beginnt: Offiziell machte die Kirche die Gemeinden nicht vertraut mit neuerer Theologie, nicht mit historisch-kritischer Methode, nicht mit den Entmythologisierungsthesen von Rudolf Bultmann, nicht mit der dialektischen Theologie, nicht mit der Theologie Ernst Käsemanns, nicht mit der Aktion „Kirchenreform“.

Zu groß war die Angst vor einer **Kirchenspaltung**. Jahrelang diktierte die Stimmung in den 60er Jahren in der württembergischen Synode ein „Offener Brief“ von 50 Männern der Ludwig-Hofacker-Konferenz an die Kirchenleitung und an die Evangelisch-Theologische Fakultät in Tübingen, in dem es unter anderem hieß:

„Ich bin überzeugt, dass der Grundschaten unserer Kirche die Ausbildung der Theologen auf der Universität ist.“

„Der kritische Verstand löst die Grundlage des Glaubens, die Schrift, ohne wirklichen Grund immer weiter auf und macht daraus eine Sammlung von Mythen und Symbolen von Märchen, Dichtungen und Sinnbildern, die durch kunstgerechte Deutung wunschgemäß zurechtgelegt werden.“

„Die Schrift stellt eindeutig die Vernunft unter den Gehorsam des Glaubens.“

„Es ist ein untragbarer Widerspruch, in der Gemeinde um vollmächtige Zeugen des Evangeliums zu beten, deren Ausbildung aber an Stätten zu binden, in denen das Fundament des Glaubens planmäßig zerstört werden darf.“³

Darüber war mit den Unterzeichnern des „Offenen Briefes“ auch nicht ins Gespräch zu kommen: „Von der liberalen Theologie will ich nichts wissen,“ wurde dem **Eltinger Kreis** von Theologiestudierenden, die das versuchten, beschieden.

Oskar Klumpps Bemühen, mit Hilfe der Gesprächskreise die theologische Meinungsbildung und die Klärung von Standpunkten zu fördern, fand ein jähes Ende, als die Ludwig-Hofacker-Vereinigung und der Vorstand der Bewegung „Kein anderes Evangelium“ ihm während ihres zähen Ringens um eine Beteiligung am Stuttgarter Kirchentag 1969 unterstellten, vertrauliche Informationen aus den Vorverhandlungen zwischen Ludwig-Hofacker-Vereinigung und Synodalpräsident an die Presse weitergegeben zu haben in der Erwartung, dass der geplante Kirchentag 1969 in Stuttgart auch für die württembergischen Evangelikalen annehmbar sein könnte. Klumpp wies die Vorwürfe als kränkend, unrichtig, leichtfertig, unsachlich und unfair

³ vgl. OK-Buch „und strecke mich aus nach dem, was da vorne ist“ (1997) über die Anfänge der OK

zurück. Angesichts einer solchen Selbstsicherheit, Intoleranz und Verketzerung Andersdenkender trat er als Synodalpräsident und als Synodaler am 17. Oktober 1968 zurück.

Am 7. November 1968 bildete sich die Aktion „**Kritische Kirche**“. In seinem Buch „Offene Kirche, Kritische Kirche“ beschrieb Werner Simpfendörfer sehr ausführlich, warum die Kirche eine solche Institutionalisierung eines selbstkritischen Reflexes brauchte.

Aktion Synode 71

Zur Synodalwahl 1971 beschloss die Kritische Kirche, nicht selbst als Partei im Wahlkampf aufzutreten, sondern für Sachlichkeit und Durchsichtigkeit des Wahlkampfes zu sorgen: Die „**Aktion Synode 71**“ wurde gegründet, die in allen Wahlkreisen geeignete Kandidaten suchte. Auf Anhieb erreichte sie 31 Prozent der Stimmen und damit 26 Prozent der Sitze in der Synode. Danach setzten die kirchlichen Gruppierungen, die sich unter „Aktion Synode 71“ zusammengeschlossen hatten, ihre Arbeit fort und gaben der Kritischen Kirche am 8. Juli 1972 nach langer Diskussion den Namen „**OFFENE KIRCHE (OK)**, Evangelische Vereinigung in Württemberg“.

Zu dieser Wahl 1971 trat auch erstmals die konservativ-pietistische Gruppierung „**Lebendige Gemeinde**“ an – hervorgegangen aus der 1969 entstandenen „Evangelischen Sammlung“ und dem bisherigen Gesprächskreis „Bibel und Bekenntnis“.

Organisation der OK

Wie die politischen Parteien ist die OK von der Rechtsform her ein so genannter „nicht eingetragener Verein“, das heißt: Sie ist gemeinnützig, kann Zuwendungsbestätigungen erteilen und ist bei den Wahlen im Gegensatz zu eingetragenen Vereinen sehr flexibel, muss also bei den in zweijährigem Turnus abgehaltenen Vorstandswahlen nicht jedes Mal die Veränderungen beim Vereinsregistergericht melden.

Von Anfang an wurde die OK **von unten nach oben** aufgebaut über die Mitglieder in den 26 Wahlkreisen bzw. Wahlbezirken der Landeskirche, deren verantwortlichen Bezirks-Teams sowie die jährlich stattfindende Mitgliederversammlung, die den mittlerweile zwölfköpfigen Vorstand (früher: Leitungskreis) einschließlich der zwei Vorsitzenden und des Rechners wählt, den Haushalt beschließt und über das inhaltliche Programm der OK entscheidet. Der Vorstand vertritt zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Wahlen die Mitglieder der OK und führt die Geschäfte. In den Bezirken werden alle sechs Jahre die Kandidatinnen und Kandidaten der OK für die Synode aufgestellt. Die Gewählten bilden die Fraktion der OK in der Synode.

Nach wie vor aber unterscheidet bei Synodalwahlen nicht einmal die Kirchenpresse zwischen Vereinigungen (Parteien) und Gesprächskreisen (Fraktionen). Fritz Röhm, der über Jahrzehnte hinweg im Leitungskreis (jetzt: Vorstand) der OK deren Geschicke mitbestimmt hat, reagierte deshalb auf einen Artikel im „Ev. Gemeindeblatt für Württemberg“ vom 29.7.2007, in dem sogar das Wort „Gesprächskreise“ in Anführungszeichen gesetzt war, mit folgendem Leserbrief:

Gesprächskreise in Anführungszeichen?

Wer „Gesprächskreise“ in Anführungszeichen setzt, signalisiert journalistische Sorgfalt, weil er entdeckt hat, dass hier etwas nicht stimmt. Zugleich offenbart dies aber Verlegenheit und suggeriert Unklarheit. Der Vorspann des Artikels ist eine Meisterleistung der Verwirrung mit dem Anschein der Klärung, wenn er von so genannten Gesprächskreisen spricht, die keine Parteien seien (was stimmt), die jedoch mit eigenen Programmen antreten (was nicht stimmt), um damit zu fragen, wofür jede Gruppe stehe. Auch der Artikel selbst würfelt die Begriffe weiter munter durcheinander.

Ist es denn so schwer zu akzeptieren, dass die württembergische Kirchenpolitik seit den siebziger Jahren faktisch (und gewollt) von Parteien (kirchenpolitischen Gruppen oder Vereinigungen) und von synodalen Fraktionen (Gesprächskreisen) bestimmt wird?

Dann wäre deutlich, wer welche Rolle spielt. Basisarbeit, Wahlprogramme und die Aufstellung von Synodal-KandidatInnen machen eben nicht die Fraktionen (Gesprächskreise), sondern die Parteien (Vereinigungen / Gruppierungen). Wie aus der staatlichen Politik jeder weiß, gibt es zur Wahlzeit auch keine Positionen der Fraktionen (Gesprächskreise), sondern nur der Parteien (Vereinigungen/Gruppen). Die Gesprächskreise können unmittelbar vor der Wahl gar keine Meinungen mehr haben, da sie nach der letzten Synodalsitzung nicht mehr existieren, sondern sich erst aus den neu gewählten Synodalen wieder bilden (oder vielleicht auch nicht?).

...

Wäre es nicht gerade Sache des Kirchenjournalisten, endlich einmal Klartext zu reden und die Dinge beim Namen nennen? Vielleicht würde dann auch in der Kirchenverfassung für Klarheit gesorgt (in der bis heute weder synodale Gesprächskreise noch kirchenpolitische Vereinigungen vorkommen). Zugleich würde damit auch das ehrenamtliche Engagement in der Kirchenpolitik und in der Synode demokratisch gewürdigt.

Eine transparente Darstellung in den kirchlichen Medien, welche Rolle die Vereinigungen bei den Synodalwahlen spielen und welche Unterschiede zwischen den Gruppierungen bestehen, ist ein attraktives Ziel. Eine solche Transparenz würde zeigen, dass es bei der Kirche nicht um Gleichmacherei, sondern um spannende Inhalte geht. Wer allerdings dann die parteipolitische Bezeichnung „linksliberal“ auf die OK überträgt, sollte dies auch begründen können. Der oder die sollte sich auch genauso trauen, die LG mit dem parteipolitischen Pendant „rechtskonservativ“ zu versehen. Die tatsächliche Parteinähe und Mitgliedschaft der Vereinigungen, nicht nur der Mitglieder sondern auch der Unterstützerinnen und Unterstützer einmal gründlich zu recherchieren, wäre mit Sicherheit ein lohnendes Unterfangen, nicht zuletzt auch um die gegenseitigen Einflüsse von Kirche und Parteipolitik zu klären.

Was die Synode der OK zu verdanken hat

In den 70er und 80er Jahren hielt die LG die absolute Mehrheit in der Synode. Besonders agierte sie in diesen Jahren gegen den Ökumenischen Rat der Kirchen. Eisern setzte sie ihre Mehrheit bei den verschiedenen Bischofswahlen für ihren jeweiligen Kandidaten ein. Inhaltlich hatte die OK gezwungenermaßen dauernd

gegen Engführungen in der Theologie und gegen die evangelikale Entwertung einer von mündigen, auch christlichen Bürgerinnen und Bürgern getragenen Demokratie, besonders in der Kirche, zu argumentieren.

Erst 1989 gelang es ihr, die absolute Mehrheit der Evangelikalen zu brechen. 1995 gewann sie dann so viele Sitze in der Synode dazu, dass sie ihr Gewicht mit beinahe ebenso vielen Sitzen wie die LG in die kirchenpolitische Wagschale werfen konnte.

Seit den Kirchenwahlen 2001 allerdings, in denen die OK - im Zusammenhang mit der Wahl eines Vertreters der LG zum Bischof - rund 15 Prozent der Sitze verloren hatte, diktiert wieder vermehrt die pietistisch-konservative, zum Teil evangelikale Synodalmehrheit die Beschlüsse, Entschließungen und Wahlen der Landessynode. Bei den Kirchenwahlen 2007 war die OK angesichts dessen, dass von 29 Synodalen nur vier wieder kandidierten, insofern erfolgreich, als dass sie ihren Anteil mit 26 gewählten Synodalen (von 50 Kandidierenden) weitestgehend halten konnte und weiterhin die zweitstärkste Fraktion in der Synode stellt.

Eingesetzt hat sich die OK seit ihrem Bestehen dafür,

- dass die Volkskirche nicht aufgegeben wird und Parallelstrukturen zu den Gemeinden vor Ort bzw. auf überregionaler Ebene entgegengewirkt wird
- dass die öffentlich verfasste Kirche sich bislang nicht in Privatvereine auflöst
- dass der interreligiöse Dialog immer mehr auf Augenhöhe und in vollem gegenseitigen Respekt geführt wird
- dass bestimmte Lebensformen nicht verdammt werden
- dass Homophobie in der Kirche immer weniger Platz hat
- dass nicht ein romantisierendes Familienbild, sondern die Realität der Familien heute die entsprechenden landeskirchlichen Stellungnahmen prägt
- dass die Landeskirche in den Fragen zur Abtreibung nicht auf den Stand der Diskussion in den 70er Jahren zurückfällt
- dass sich ein offenes und kein evangelistisches Seelsorgeverständnis durchsetzt
- dass die Akademie in Bad Boll nicht immer ständigen Angriffen durch die LG ausgesetzt ist
- dass eine Theologie, die in ihrer Ideologie auf Kreationismus, Biblizismus und Homophobie setzt, nicht widerspruchslos den Vorrang hat
- dass die historisch-kritische Bibelauslegung, Befreiungstheologien und feministische Theologien eine Chance haben
- dass die Theologinnen und Theologen sich in einer universitären Ausbildung nach wie vor dem Diskurs in den Fakultäten unserer Länder stellen müssen
- dass die Kirche sich nicht selbst marginalisiert sondern in der Mitte unserer Gesellschaft bleibt

Vision der OK für Kirche

Die OK ist und bleibt die **reformatorische Kraft** für unsere Kirche, gerade indem sie mit vielen TheologInnen und NichttheologInnen für demokratisches Bewusstsein und Zivilcourage eintritt. Sie will die bald 100 Jahre alte Kirchenordnung seit Jahrzehnten reformieren und legt dazu immer wieder konkrete Vorschläge vor.⁴

⁴ s. Kirche 2020, Visionspapier der OK

In der theologischen Grundlegung für das Wahlprogramm der OK für die Wahlperiode 2001 bis 2007 heißt es:

„Aus dem Wissen um Gottes Zuwendung schöpfen wir Kraft und Hoffnung für unser Glauben und Lieben, Handeln und Feiern und treten ein für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.“

Im Programm für die Wahlperiode 2007 bis 2013 heißt es: Gott loben – Gesicht zeigen – Gerechtigkeit üben.

Gott loben, das heißt für uns: frei und offen als Gottes Kinder leben in der Freude an neuen und alten Formen der Spiritualität.

Gesicht zeigen, das heißt für uns: deutlich für das Evangelium der Freiheit in der Öffentlichkeit eintreten, gegen Diskriminierung und Fundamentalismus.

Gerechtigkeit üben, das heißt für uns: im Namen Jesu immer wieder neu die Brücke zu Benachteiligten schlagen.

In diesem Geiste hat die OK ihre Arbeit gemacht – und in diesem wird sie sie weitermachen.

*Kathinka Kaden
im Oktober 2010*